

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 50

Charlottenburg, Freitag, den 14. Dezember 1917

Jahrg. 44

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 22. bis 24. November tagte eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände in Berlin. An erster Stelle wurde der Tätigkeitsbericht der Generalkommission beraten. Legien berichtete über den allgemeinen Teil, Bauer über besondere Angelegenheiten. Der allgemeine Bericht umfaßte die Beteiligung der Generalkommission an sozialpolitischen Gesellschaften und Bestrebungen der Kriegsfürsorge, die Schritte gegen die Einschränkungen des Versammlungsrechts beim Reichskanzler und im Großen Hauptquartier, die Vertretung auf ausländischen Gewerkschaftskongressen, den Verkauf eines Grundstücks in Lütitz und die Herausgabe von Auszügen aus den Konferenzprotokollen. Im besonderen Teil berichtete Bauer über Maßnahmen gegen die verfügten Erhöhungen der Eisenbahn-Schnellzugpreise, über Freizügigkeitsbeschränkungen gegen Reklamiererte und Hilfsdienstgesetzfragen. Bei letzteren handelt es sich um den Wechsel in der Leitung des Kriegamts, die Bestrebungen zur Aenderung des Gesetzes, die vor allem von den Unternehmern ausgingen, um Beschränkungen des Versammlungsrechts, um einheitliche Grundsätze für die Arbeiterausschüsse, um die Unzulässigkeit besonderer Schlichtungsstellen für Werftbetriebe und um die Generalkreistrafung gewisser Kreise. Erfreulich sei vor allem die im Zusammenhang mit dem Hilfsdienst stehende Wiederzunahme der Gewerkschaften. Die weiteren Ausführungen betrafen den gesetzlichen Einstellungszwang für Kriegsbeschädigte und die Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Zu letzterem sei folgendes bemerkt: Nachdem sich aus der Ueberhandnahme der frupellosen Agitation der „Deutschen Vaterlandspartei“ ergab, daß deren Kreise Millionenfonds zur Verfügung stehen und daß ihre Bestrebungen nicht allein der Verhinderung eines baldigen Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen, sondern auch der Vereitelung innerer politischer und sozialpolitischer Neugestaltung galten, traten Männer aus den großen Wirtschaftsverbänden, besonders der Arbeiter und Angestellten zu unverbindlicher Aussprache zusammen, um dieser reaktionären Agitation ein Gegengewicht zu schaffen. Man einigte sich auf die Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der vornehmlich die großen Wirtschaftsorganisationen, sowie auch Einzelmitglieder, nicht aber die politischen Parteien umfassen und für einen baldigen vollstümlichen Frieden sowie für ein neues und freieres Deutschland wirken sollte. Eine von der Generalkommission unter den angeschlossenen Gewerkschaften vorgenommene Abstimmung ergab die Zustimmung zum Beitritt gegen 6 Ablehnungen.

In der Debatte wurde hauptsächlich über den Volksbund und über die etwas beschleunigte schriftliche Abstimmung gesprochen. Eine Wiederholung der Abstimmung brachte aber im wesentlichen das gleiche Ergebnis: nur 6 Vertreter stimmten gegen den Beitritt. Der Generalkommission wurde neben dem ordentlichen Beitrag ein Vorschußbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr gewährt. Ein Antrag, für weibliche Mitglieder diesen Betrag zu ermäßigen, fand keine Annahme.

Im Mittelpunkt der diesmaligen Konferenz standen die Entwürfe eines sozialpolitischen Arbeiterprogramms und eines Arbeitskammergesetzes. Das von der Generalkommission vorgelegte Arbeiterprogramm sozialpolitischer Gewerkschaftsforderungen umfaßt in 18 Gruppen die

Forderungen zur Sozialpolitischen Organisation (Verwaltung), Arbeitervertretung, zum Organisationsrecht, Tarifvertragsrecht, Einigungswesen, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, zur Arbeiterversicherung, Rechtsprechung, Arbeitsvermittlung, zum Genossenschaftswesen, zu den Staatsbetrieben, zur Wirtschaftspolitik, internationalen Sozialpolitik, Volksernährung, Wohnungsfürsorge, Volkshygiene und Volkserziehung. Die Forderungen sind eingehend begründet und zu einer Denkschrift zusammengestellt, die eine Neugestaltung der wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse Deutschlands verlangt. Diese Denkschrift soll den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet, aber auch als Werbeschrift für die sozialpolitische Neuorientierung veröffentlicht werden. Ueber diese Programmschrift referierte Umbreit. Er bezeichnete die Neuorientierung als eine von der Regierung selbst anerkannte Schuldverpflichtung gegenüber der deutschen Arbeiterschaft, deren Einlösungstermin jetzt gekommen sei. Die Gewerkschaften hätten Klarheit zu schaffen über die Tragweite dieser Verpflichtung. Es handle sich aber nicht um die Belohnung der Arbeiterschaft für ihre Haltung im Kriege, sondern um die von Regierung und Öffentlichkeit selbst zugestandene Anerkennung der hohen Bedeutung der Arbeiterklasse für das gesamte Volks- und Wirtschaftsleben und um den Ausdruck der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Gesellschaftsklassen. Man habe von einem engeren Aktionsprogramm abgesehen und ein allgemeines Arbeiterprogramm aufgestellt, daß der sozial- und wirtschaftspolitischen Aktion als Unterlage diene. Mit der Eingabe an die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften sei eine allgemeine Propaganda zu verbinden, die zugleich der Förderung der Gewerkschaften zugute komme. Die Debatte wandte sich sofort den einzelnen Abteilungen des Programms zu. Sie ergab im wesentlichen das Einverständnis der Vorstandsvorsteher mit den Forderungen; doch wurden auch mancherlei Neufassungen, Streichungen und Ergänzungen beschlossen. Der Herausgabe des Programms als Eingabe sowie als Werbeschrift stimmte die Konferenz zu.

Den Entwurf des Arbeitskammergesetzes begründete Legien. Der Entwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit der Centralen aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, die die Zeit für günstig erachten, die Schaffung gesetzlicher Arbeitervertretungen durchzusetzen. Da die Gewerkschaften auf der Forderung von Arbeitskammern, die übrigen Gruppen auf der von Arbeitskammern bestanden, so kam ein Kompromiß zustande, nach dem paritätische Kammern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen seien, den Arbeitnehmerabteilungen indes das Recht zustehen soll, zwecks eigener Interessenvertretung für sich allein zusammenzutreten, Anträge zu stellen, Eingaben zu machen, Gutachten abzugeben und Erhebungen zu veranstalten. Die Kammern sollen territorial aufgebaut werden, aber auch besondere Berufsabteilungen für die Land- und Forstwirtschaft, sowie für kaufmännische und technische Angestellte erhalten und neben dem Recht der Antragstellung, Begutachtung und Erhebung auch allgemein wirtschaftliche und soziale Wohlfahrts-, sowie Verwaltungsaufgaben erhalten. Im besonderen sollen sie bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens und Lehrlingswesens mitwirken, den Abschluß von Tarifverträgen sowie von Fachausschüssen für die Hausindustrie fördern, deren Tätigkeit bei der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen unterstützen und den von diesen festgestellten Lohnsätzen durch Beschluß unabhängige Kraft verleihen. Sie sollen ferner Einigungs-

ämter und Schlichtungsstellen errichten und die Mitglieder des Einigungsamts aus ihrer Mitte wählen. Der Entwurf regelt zugleich die obligatorische Einsetzung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen für alle Betriebe mit mindestens 20 Personen, deren Wahl und Aufgaben, sowie die Wahl der Beisitzer der Schlichtungsstellen und die Aufgaben der Einigungsämter. Der Referent legte überzeugend dar, daß in diesem Entwurf die Vorzüge der Arbeiter- und der Arbeitskammern vereint seien und gleichzeitig die Möglichkeit der dauernden Erhaltung der Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen des Hilfsdienstgesetzes gegeben sei. In der Debatte wurde dem Entwurf im allgemeinen zugestimmt und nur einige Änderungen gewünscht, über die mit den übrigen Centralen eine Verständigung herbeigeführt werden soll.

Nach einer kurzen Aussprache über Erfahrungen aus der Wirksamkeit von Arbeitern als Schöffen und Geschworenen wurden die Differenzen im Leipziger Gewerkschaftskartell eingehend erörtert. In Leipzig ist die Gewerkschaftsbewegung durch den Austritt von 8 Gewerkschaften mit etwa 10000 Mitgliedern aus dem Kartell und durch Gründung eines Sonderkartells zerrissen worden. Auf Anregung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes soll eine Aussprache zwischen den streitenden Parteien unter Beisein von Vertretern der besonders von den Unabhängigen stark behandelten Generalkommission, sowie der Vorstände der am Austritt beteiligten Gewerkschaften stattfinden. Eine aus Leipzig erschienene Vertretung des Kartellvorstandes nahm an der Behandlung dieser Angelegenheit teil, in deren Namen Büttich-Leipzig einen längeren Bericht über die dortigen Vorkommnisse erstattete. Er führt sie auf die langjährige Verheugungstätigkeit der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber den Gewerkschaftsführern und auf das Bestreben der unabhängigen Partei, sich die Gewerkschaften dienstbar zu machen, zurück. In der Debatte wird der Versuch, durch eine Aussprache die Austritte aus dem Leipziger Kartell rückgängig zu machen, allgemein gebilligt und die Vorstände der betroffenen Gewerkschaften erklären sich bereit, an dieser Aussprache teilzunehmen. Andererseits wird aber auch darauf hingewiesen, daß sich diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die ein Sonderkartell an einem Ort gründen, in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung stellen. Denn die Gewerkschaftskartelle sind durch die Münchener Kongreßbeschlüsse 1914 verfassungsgemäß als ein Bestandteil der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation anerkannt und diese Kongreßbeschlüsse sind bindend für die angeschlossenen Gewerkschaften und deren Ortsgruppen. Demnach ist für jeden Ort oder Bezirk nur ein Gewerkschaftskartell zulässig und die Vorstände der Centralverbände haben die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß sich ihre Zweigvereine und Zahlstellen den örtlichen Kartellen anschließen, sofern sich diese im Rahmen der ihnen durch die Gewerkschaftskongresse zugewiesenen Tätigkeitsgebiete halten. Die Vorstände haben nach diesem Regulativ für das Zusammenwirken der deutschen Gewerkschaften die Möglichkeit, gegen ihre an der Zersplitterung beteiligten Mitgliedschaften vorzugehen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse sollen die Zweigvereine der gewerkschaftlichen Centralverbände zu einem Kartell sich vereinigen. Die Gründung eines zweiten Kartells ist unzulässig und bedroht die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die zur Erfüllung der örtlichen Aufgaben der Gewerkschaften unbedingt notwendig ist.“

Die Beitragsleistung aus Verbandsmitteln an ein Kartell, das im Gegensatz zu dem bestehenden Kartell gegründet wird, erachtet die Konferenz als im Widerspruch stehend mit den Verbandsstatuten und den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage.“

Mit dem ersten Teil dieser Leitsätze erklärten sich sämtliche Verbandsvertreter einverstanden; nur gegen den Schlußsatz stimmte ein Vertreter.

Gleichfalls auf Antrag des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes wurde darüber beraten, ob es angängig sei, die Beschlüsse der früheren Konferenzen betr. das Verbot des Uebertritts von Mitgliedern während des Krieges aufzuheben. Der Uebertritt wurde im Interesse der durch den Krieg schwerer geschädigten Organisationen, deren Berufe an der Kriegsarbeit nicht benützt sind, untersagt. Es bleibt dadurch diesen Berufen ein Stamm von Mitgliedern und eine Stütze ihrer Finanzkraft erhalten. Das Uebertrittsverbot hat aber nicht gehindert, daß ein Teil der Mitglieder ihren Verbänden durch die Arbeit in berufsfremden Betrieben verlorengegangen ist, die sich zudem dauernd jeder Kontrolle entziehen. Viele Arbeiter lassen sich einfach aus ihrer alten

Organisation streichen und treten dann in den Verband ihres Kriegsberufs neu ein, so daß die Prüfung, ob ein Uebertritt vorliegt, erschwert ist. Manche Ortsverwaltungen und Werkstattvertrauensmänner fragen auch garnicht nach dem früheren Mitgliedsbuch, sondern nehmen die Eintretenden ohne weiteres auf. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes gibt die Erklärung ab, daß alle Uebertritte durch den Verbandsvorstand selbst streng geprüft würden. Die Konferenz konnte sich gleichwohl nicht dazu entschließen, das Uebertrittsverbot jetzt zu beseitigen und möchte auch jetzt noch keinen Termin festsetzen, an dem das Verbot nach dem Kriege außer Kraft treten und die erfolgten Uebertritte rückgängig gemacht werden sollen.

Die Anregung, die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit unter der Voraussetzung achttündiger Arbeitsschicht mit kurzen Pausen und ausreichender Ernährungsfürsorge zu empfehlen, wurde nach kurzer Erörterung abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die körperlichen Anforderungen und gesundheitlichen Wirkungen nicht in allen Berufen die gleichen seien und daß besonders die eine Voraussetzung für den Wegfall längerer Mittagspausen in den Großstädten, die weiten Entfernungen der Wohnungen vom Arbeitsplatz, in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht in gleichem Maße vorliegen, weshalb einer Vereinheitlichung dieser Reform schwere Bedenken entgegenständen. Einige Beschwerden hinsichtlich der Stellungnahme früherer Konferenzen zur Ernährungsfrage und zur Gewährung von Steuerzulagen an die Angestellten der Gewerkschaften wurden als erledigt erachtet. Das gleiche gilt für die Anregung des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes betr. Erhöhung der Krankenunterstützungssätze und der gesetzlichen Einführung der Arbeitslosenversicherung. Erstere ist Gegenstand einer eben fertiggestellten Eingabe der Gewerkschaftscentralen und Angestelltenverbände, letztere ist in die Uebergangsforderungen der Gewerkschaften eingereiht und wird erneut im Neuorientierungsprogramm erhoben. Doch sollen besonders parlamentarische Schritte zur Erreichung einer Reichsarbeitslosenversicherung herbeigeführt werden. Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Notwendigkeiten.

Auf den Artikel „Notwendigkeiten“, von N. E. unterzeichnet, nehme ich Veranlassung, etwas näher einzugehen. Mit dem Artikelschreiber bin ich darin einig, daß etwas geschehen muß, um die nicht organisierten Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen für unsern Verband zu gewinnen; nur vermissen wir praktische Vorschläge, wie diesem „frommen Wunsch“ nachgekommen werden soll. Statt dessen stellt Kollege N. E. die Frage: „Sind drei Gauleiter nicht zu viel?“ Hierin scheint nach meiner Meinung keine Logik zu liegen. Allerdings haben wir für unsern jetzigen Mitgliederkreis eine stattliche Anzahl von Beamten, doch hieße es wohl das Pferd beim Schwanz aufzäumen, gerade an den Kollegen sparen zu wollen, die durch eifrige Agitation den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation verbreiten und neue Mitglieder für unsern Verband gewinnen sollen. Aber auch die Gauleiter allein können es nicht schaffen. Es ist Pflicht eines jeden einzelnen nur einigermaßen befähigten Kollegen, in den Fabriken und Werkstuben fleißige Aufklärungsarbeit zu leisten, die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Sache zu interessieren, kleinere Werkstuben- und Abteilungsversammlungen einzuberufen und bei größeren Versammlungen „Schlepperdienste“ zu leisten, damit man die abseits Stehenden erst mal zu sehen bekommt, um auf dieselben einzuwirken. Hier liegt der größte Fehler, es fehlt an der nötigen Kleinarbeit seitens der organisierten Kollegen. Ich spreche aus Erfahrung und kann behaupten, daß sehr viele Kollegen, die intelligent und das Mundwerk dazu haben, für den Verband auch nicht das geringste tun. Nach Erfüllung ihrer Beitragspflicht und gelegentlichem Besuch einer Versammlung ist für dieselben die Verbandsarbeit erledigt. Diese Lässigkeit, diese Gleichgültigkeit im gewerkschaftlichen Leben müssen die Kollegen erst abstreifen. Wenn das geschehen, sind drei Gauleiter viel zu wenig, um unter circa 70000 Porzellanarbeitern den Boden für unsere Ideen zu beackern. Ich hätte dann auch persönlich noch den Wunsch, daß unsere anderen Bürobeamten, die doch unmöglich bei jetzt 5000 Mitgliedern dieselbe Arbeit zu leisten haben wie im Frieden, recht fleißig auf Agitationsreisen geschickt werden. Dann würden sich auch alle angestellten Kollegen durch den eventuellen Mitgliederzuwachs für uns bezahlt machen. Sonst ist allerdings auch nach meiner Mei-

ng beim heutigen Mitgliederstand die Beamtanzahl etwas
hlich bemessen.

Der „kraftstrogende Junge“, der sich in unsern Reihen
entwickelt hat, ist mir tatsächlich ein Rätsel. Was meint
der Kollege N. E. damit? Also bitte etwas deutlicher.
Aber noch eine andere Frage, für welche in andern
Verbänden schon lebhaft Propaganda gemacht wird, muß auch
gedrungen bei uns ihre Erledigung finden, es ist dies die
beitrags- und Unterstützungserhöhung, für welche ich bei
jeder Gelegenheit einige Worte schreiben möchte.

Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die Teuerung
mit dem Kriege enden, sondern weiter andauern wird.
Über bald nach Beendigung des Krieges wird eine Neu-
regulierung der Löhne einsetzen. Daß es dabei nicht ohne
harte Kämpfe abgehen wird, muß ich leider annehmen. Alle
Unternehmerverbände, moralisch und finanziell durch den
Krieg gestärkt, äußern sich schon jetzt in ihren Organen dahin,
daß Lohnherabsetzungen notwendig sind, um im Konkurrenz-
kampf bestehen zu können. Da ist es „notwendig“, daß auch
wir uns rüsten, um auf alle Fälle vorbereitet zu sein, denn
nicht etwa die Teuerung nach dem Kriege, sondern das An-
bot der Arbeitskräfte wird für den Unternehmer „einzig und
unvermeidlich“ maßgebend sein zur Festsetzung des Arbeitsverdienstes.
Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft wird
eine Umformung nötig machen und wer nicht gehörig auf
dies vorbereitet ist, zieht dabei den kürzeren. Es muß die erfolgte
Verminderung der Kaufkraft des Geldes ausgeglichen werden.
Das ist nötig hinsichtlich des Arbeitslohnes, aber auch der
von den Verbänden zu zahlenden Unterstützungen. Von der Leistung
aber die Gegenleistung abhängig. Durch eine kleine
Erhöhung der Verbandsbeiträge kann die Lebenshaltung der
Kollegen und Kolleginnen nicht beeinträchtigt werden, aber
wichtig ist die Erhöhung der Unterstützungen für die Zeit, in
der wir uns durch Lohnkämpfe gegen eine Verschlechterung
unserer Lage wehren oder für Verbesserung mit aller Kraft
eintreten müssen. Für den einzelnen sind einige Pfennige
beitragserhöhung zu ertragen, für die Gesamtheit bedeutet
aber die Einführung derselben eine bedeutende Stärkung und
Kräftigung.

Darum, Kollegen und Kolleginnen: Was sind „Not-
wendigkeiten“? Rüstet Euch zur Tat, werft endlich mal
die Euch selbst herabsetzende Gleichgültigkeit ab, werbt überall
und bei jeder Gelegenheit Mitglieder für unsern Verband.
Seid regsam und tätig und gebt den Gauleitern Gelegenheit,
um die Unorganisierten heranzukommen.

Bringt auch Aufklärung über die „Notwendigkeit“
einer Beitrags- und Unterstützungserhöhung in den Kollegen-
kreisen. Nur jeder nach besten Kräften sich etwas rühren, dann
wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Otto Kretschmann, Berlin, Genterstr. 2.

Aus unserem Berufe.

Uttwasser. Bei der Firma Tielsch, U.-G., erhalten die
Arbeiter seit 1. Juli eine 20prozentige Teuerungszulage, die
aber nur vierteljährlich ausgezahlt wird.

Berlin. Da in der letzten Zeit öfters Kollegen von
außerhalb zugereist sind, sich aber nicht bei der Zahlstelle
melden, machen wir darauf aufmerksam, daß es Pflicht
des Kollegen ist, seine Anmeldung im Büro: Adresse Karl
Freiesleben, Berlin S.O., Naunynstr. 85 pt., sofort zu erledigen.
Kollegen! Haltet treu und fest zur Organisation; denn es
tritt immer deutlicher in Erscheinung, wie notwendig für die
zukünftige Zeit Einigkeit und starke Organisationen gebraucht werden.

Eisenberg. Die Lohnbewegung unserer Mitglieder ist
beendet. Befordert wurden eine 30prozentige Lohnerhöhung,
bzw. Teuerungszulage. Durch Verhandlungen mit den Ar-
beiter-Ausschüssen in den einzelnen Betrieben ist eine Einigung
dahin zustande gekommen, daß die von den Fabrikanten be-
willigte Erhöhung von 15 Prozent, wenn auch nach einigem
Widerstreben, angenommen wurde. Es wird jedoch bestimmt
erwartet, daß zum 15. Januar eine weitere Erhöhung der
Löhne zugestanden wird.

Der Konflikt bei den Gießerinnen der Firma Kalk ist
ebenfalls beigelegt. Nachdem bei den Verhandlungen vor dem
Einigungsamt des Gewerbegerichts am 16. November eine
Vereinbarung nicht erzielt werden konnte, weil die Gießerinnen
in ihrer Forderung, den strittigen Artikel von 3,50 M. auf
5,00 M. aufzubessern, festhielten, ist es am 30. November nach
einer nochmaligen Verhandlung mit dem Geschäftsführer der
Firma zu einer Einigung gekommen. Diese Verhandlungen

fanden auf Vorschlag der Zahlstellenverwaltung zwischen dem
Arbeiterausschuß und der Betriebsleitung statt. Die Firma
bot eine Erhöhung auf 4,50 M., außerdem gelten hierfür auch
die außerdem bewilligte Teuerungszulage. Damit erklärten sich
die Gießerinnen einverstanden, nachdem noch der Wunsch zum
Ausdruck gebracht, daß dieser Artikel abwechselnd von jeder
Gießerin einmal gemacht werden müsse. Die Arbeit ist
demzufolge am 3. Dezember wieder aufgenommen worden.

Die „Altenburger Volkszeitung“ stellt die verwunderte
Frage: Muß es denn in den Porzellanfabriken immer erst
zum Konflikt kommen? In andern Berufen kommen doch
solche Dinge leichter zur Erledigung. Die Fabrikanten sind
doch sonst nicht so engherzig, z. B. bei ihren Preisforderungen.

Auch wir sind der Meinung, daß es im beiderseitigen
Interesse besser wäre, wenn von seiten der Unternehmer die
Forderungen der Arbeiter gleich im Anfang ernster auf ihre
Berechtigung und Durchführbarkeit hin geprüft würden.
Vielleicht würde sich öfter als einmal herausstellen, daß eine
Bewilligung möglich ist, ohne daß es erst zum offenen Konflikt
zu kommen braucht.

Neue Preiserhöhung für Porzellan. Unter dieser
Ueberschrift brachten wir in Nr. 48 „Die Ameise“ eine Notiz,
wonach eine erneute 25prozentige Erhöhung der Verkaufspreise
für Porzellan erfolgt sei. Vom Verband deutscher Porzellan-
fabriken zur Wahrung keramischer Interessen erhalten wir nun
eine Berichtigung zugesandt, in der wir auf Grund des § 11
des Preßgesetzes aufgefordert werden, zu berichten, daß diese
Mitteilung tatsächlich unrichtig sei. Die letzte Preiserhöhung ist
am 25. August 1917 beschlossen worden und damals sofort in
Kraft getreten. Später hat eine Preiserhöhung nicht mehr
stattgefunden.

Hierzu sei bemerkt, daß wir unsere Notiz auf Grund einer
Mittteilung in einem Unternehmer-Fachblatt vom 26. Novem-
ber 1917 gebracht haben, und nicht annehmen konnten, daß
jenes Fachblatt am 26. November erst die Preiserhöhung vom
25. August a. c. als Neuigkeit in die Welt setzte.

Die „Hirsche“ in Schönwald, die auf gewerkschaftlichem
Gebiete nun einmal keine Resultate zu registrieren haben,
wollen aber unter allen Umständen beweisen, daß auch sie eine
ungeheure Bedeutung für die Arbeiterschaft besitzen. Natürlich
sind die bösen Verbändler nicht geneigt, das einzusehen und
deswegen müssen sie in fast jeder Nummer des Hirschenblattes
nach Strich und Faden vermöbelt werden. In der letzten
Nummer ihres Blattes machen die „Hirsche“ unsern Verbands-
kollegen in Schönwald in allem Ernste zum Vorwurf, daß
sie nichts geringeres planten, als die Einwohnerschaft von
Schönwald erfrieren zu lassen. Die guten „Hirsche“ in Schön-
wald wollten ihren weitreichenden Einfluß dahin benutzen,
um Schönwald, vielleicht auch noch das übrige Bayern mit
angrenzenden Staaten ausreichend mit Kohlen zu versorgen.
In dieser Zeit des Kohlenmangels gewiß ein löbliches Tun.
Und, worauf es ankommt, es ist den „Hirschen“ nach ihrer
eigenen Bestätigung gelungen. Wenn heute in Schönwald
jeder Einwohner seine warme Stube hat, dann hat er das
einzig und allein den „Hirschen“ zu danken. Der finstere
Plan der Verbändler konnte durch die „Hirsche“ noch rechtzeitig
verhindert werden. Wer von den Porzellanarbeitern in
Schönwald jetzt noch nicht glauben will, daß er — wenn
außer dem Eßlöffel nicht noch die „Hirsche“ da wären, die
Suppe mit der Gabel essen müßte, dem kann nicht mehr
geholfen werden.

Aus anderen Verbänden.

Ueber hunderttausend Mitglieder. Die neueste Num-
mer der Verbandszeitung teilt mit, der Bergarbeiterverband
habe anfangs Dezember „das erste Hunderttausend Mitglieder
bereits überschritten“. Zu Beginn des Jahres 1914 waren 101968
Mitglieder vorhanden, die sich nach Kriegsausbruch durch
militärische Einziehungen, Abwanderungen, Flucht aus den
kriegsbedrohten Grenzgebieten usw. schließlich bis auf 46371
verringerten. Anfangs 1917 belief sich die Mitgliederzahl
wieder auf 53404. In diesem Jahre sind demnach schon in
11 Monaten fast 50000 Mitglieder gewonnen. Da nach der
Verbandszeitung die Mitgliederzunahme anhält, so wird die
Organisation am Jahreschluß mit einer Verdoppelung des
am Jahresanfang vorhandenen Mitgliederbestandes rechnen
dürfen. Heeresdienst tun noch etwa 20000 Verbandsmitglieder,
über 4000 sind außerdem als gefallen oder sonst beim Militär
verstorben zu betrachten. Mit den Organisationsgenossen, die
noch Militärdienst tun, hat der Bergarbeiterverband zurzeit

zirka 120 000 Mitglieder, das sind 20 000 mehr als beim Kriegsbeginn: Dieses außerordentliche Anwachsen des Bergarbeiterverbandes ist auch ein charakteristisches Merkmal der Stimmung in den großindustriellen Arbeitermassen.

Die „Bergarbeiterzeitung“ hebt hervor, daß sie stets für die Unterstützung der Landesverteidigung und für einen Verständigungsfrieden eingetreten sei. Der Massenstrom an Mitgliedern zu dem Verband beweist sonnenklar, daß er mit seiner Politik auf dem rechten Wege ist, das Vertrauen der Massen genießt. Die Verbandszeitung schließt ihren Artikel mit dem Zuruf: „Glückauf zum zweiten Hunderttausend!“ Wir schließen uns dem aus vollem Herzen an.

Vermischtes.

Wachstum des Deutschen Industrieschutzverbandes.
Trotz der für die Verarbeitung ungünstigen Kriegsverhältnisse sind seit Anfang dieses Jahres weitere 540 Firmen mit rund 27 000 000 Mark Jahreslohnsumme als Mitglieder neu gewonnen worden. Während des Krieges ist die Zahl unserer unmittelbaren Mitglieder insgesamt um 1530 auf zur Zeit 6680 gestiegen. Anschlüsse mehrerer bedeutender Verbände und zahlreicher Einzelunternehmen stehen in nächster Zeit bevor. Wie die Arbeiter für ihre Gewerkschaften, müssen auch die Industriellen überall, wo sich Gelegenheit bietet, stets mit für ihre Organisation arbeiten.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Pohldamerstr. 121h), haben soeben das 24. Heft ihres 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Katheder- und Kanzelkaiserismus, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstags. — Rußland und die deutsche Politik, von Max Schippel. — Die Pflicht zum Parlamentarismus, von Herman Kranold. — Rodin, von Käthe Kollwitz (mit einer Zeichnung von Lisbeth Stern). — Die Frauenberufsarbeit als erzieherisches Problem, von Heinrich Schulz, Mitglied des Reichstags. — Justizreform von innen heraus, von Dr. Alfred Bozi. — Koloniale Arbeitsverfassung und Bevölkerungspolitik, von Max Schippel. — Die Geschichtsforschung der Reformation, von Dr. Alfred Keller. — Die angebliche Unannehmbarkeit der Kantischen Philosophie, von Dr. Raphael Seligmann. — Neue Dramen, von August Doppner. — Der Einfluß des Krieges auf die Gesundheit der Jugend, von Dr. Alfred Kraft. — Bauaufgaben, von Paul Westheim; und anderes mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., der eines Vierteljahrsabonnements M. 3.60. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporturen, ferner zu haben durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 24 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Arbeiterjugend und bürgerliche Jugendbewegung. Von R. Korn. — Verfassungsfragen. Von Konrad Haenisch. — Wie ich die Engel singen hörte. Von Artur Zidler. — Der Pflanzenwunderglaube. (Mit Abbildungen.) — Wie der Gleichakt auf unsere Arbeit wirkt. Von Dr. A. May. — Bücher für die Jugend. — Jungvölk 1918. — Aus der Jugendbewegung. — Heimer. Gedicht von Artur Zidler.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 10. Heft vom 1. Band des 33. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Reform des preussischen Wahlrechts. Von Paul Hirsch. — Warenpreise und Arbeiterlöhne. Von A. Ellinger. — Zwei dringende Aufgaben der Parteitaktik. Von Hermann Kranold. — Das Gleichgewicht der Geschlechter. Von Alfred Moeglich. — Aus unserer Bucherei.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3,90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Sonnabend, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Zahlstellenversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.
München. Samstag, den 15. Dezember, Punkt 7 Uhr, im Restaurant Neuwittelsbach, Romanstraße. Neuwahlen.

Adressen-Änderungen.

Bonn. Kassierer: Wilhelm Sauer, Kommanderiestr. 9.
Coburg. Kassierer: Argus Zimmermann, Albertplatz 2.

Tot. Herr ... im Tode stehenden Kollegen.

Emil Schill, Dreher, geboren am 21. Dezember 1894 in Zell a. Harmersbach, gefallen am 14. November 1917. Mitglied d. ...
Zell a. H.

Ehre seinem Andenken!

Sterbetafel.

Coburg. Bruno Körschner, Maler, zuletzt Zeitungs-Expedient, geboren am 21. Januar 1886 in Coburg, gestorben am 25. November am Herzschlag. Mitglied seit 1894.
Ehre seinem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einige tüchtige Brenner,

ferner mehrere tüchtige

Dreher

für dünne Becher und je einen

Formgießer und Einrichter,

sowie einige

Kapseldreher

und einige

Maler

für unsere Geschirr-Abteilung (für bessere Rand-, Band-, und St. Dekore), ferner einige tüchtige

Ristenpader.

Angebote an

Porzellanfabrik Fraureuth A.-G.,
Fraureuth bei Weiden i. Sa.

Einen tüchtigen Becherdreher,
einen tüchtigen Hohlgeschirrdreher

stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau,
Ferdinand Selle,
Burgau bei Jena.

Tüchtiger Tellerdreher

gesucht.

Pottery Co., Rudolstadt.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Lappen, — Asche, — Flaschen,
überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft zu höchsten Preisen bei reeller Bedienung

Julius Uglar, Selb i. Bay.
Luitpoldstr. 23.

Bersorge sich, wer kann, in Schwämmen

Schwämme für Porzellan- und Steingutdreher. Garnierung, Druckerei-, Brenner-, Schwämme, Pferdenschwämme, Levantiner u. M. 0,75 bis M. 6,00 pro Stück offeriert, ohne Bemusterung, nicht unter 50 Stück einer Preislage, evtl. mit Fabrikanten besondere Vereinbarung.

H. Michelsohn,
Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmirgel
Pinsel — Paletten — Mäpfe — leere Goldflaschen

überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft

Max Haupt, Dresden-A., Bönisch-Platz 17.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle
Malrückstände zum Einschmelzen

kauft R. Köhler, Dresden-A., Gerichtr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Kofmenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Kofmenstr. 4
Druck von Otto Goerte, Charlottenburg, Kollstraße 22